

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie,
Jugend und Senioren | Postfach 11 21 | 24100 Kiel

Vorsitzende des
Sozialausschusses des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Frau
Siegrid Tenor-Alschausky – MdL –
Landeshaus
24105 Kiel

8. Juni 2006

Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch – AG-SGB XII

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

gerne komme ich im Einvernehmen mit dem Schleswig-Holsteinischen Landkreistag und dem Städteverband Schleswig-Holstein dem Wunsch des Ausschusses nach und übersende als Anlage den mit diesen kommunalen Verbänden abgestimmten Entwurf des Vertrages über die Grundlagen der Zusammenarbeit des Landes Schleswig-Holstein und der Kreise und kreisfreien Städte gemäß § 3 Abs. 1 AG-SGB XII.

Vereinbarungen zur Errichtung einer Koordinierungsstelle der Kreise und über mögliche Kooperationsvereinbarungen zwischen den Kreisen und den kreisfreien Städten kann ich dem Ausschuss leider noch nicht vorlegen. Die Vertreter der kommunalen Verbände haben erklärt, dass die internen Beratungen über den Abschluss entsprechender Vereinbarungen und deren Inhalt noch nicht abgeschlossen sind. Darüber werde ich mündlich vortragen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Dr. Körner
Staatssekretär

Anlage

Entwurf Stand 01.03.2006

Öffentlich-rechtlicher V e r t r a g

über die Grundlagen der Zusammenarbeit des Landes Schleswig-Holstein und der Kreise und kreisfreien Städte gemäß § 3 Abs. 1 AG-SGB XII

Die Kreise

Dithmarschen, Nordfriesland, Herzogtum Lauenburg, Ostholstein, Pinneberg, Plön, Rendsburg-Eckernförde, Schleswig-Flensburg, Segeberg, Steinburg, Stormarn

sowie die kreisfreien Städte

Flensburg, Kiel, Lübeck, Neumünster

und das Land Schleswig-Holstein,

-vertreten durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren-

schließen folgenden Vertrag:

§ 1 Aufgaben und Bildung des Gemeinsamen Ausschusses

(1) Das Land Schleswig-Holstein und die Kreise und kreisfreien Städte als Träger der Sozialhilfe wollen ein leistungsfähiges, den Bedürfnissen insbesondere der behinderten Menschen Rechnung tragendes Angebot sicherstellen, dieses fortentwickeln, seine Finanzierung dauerhaft sichern und die aufgewendeten Mittel wirtschaftlich und zielgerichtet den leistungsberechtigten Menschen zugute kommen lassen.

(2) Die Vertragsparteien bilden einen Gemeinsamen Ausschuss, der als beratendes Gremium Richtlinien und Empfehlungen zur fachlichen Weiterentwicklung, zur Ausgestaltung bedarfsorientierter Angebote einschließlich des Vorrangs ambulanter vor teilstationären und stationären Leistungen, zur landeseinheitlichen Aufgabenwahrnehmung und zur Steuerung der Kostenentwicklung gibt. Dabei orientiert sich der Gemeinsame Ausschuss an dem Ziel einer möglichst weitgehenden Normalisierung der Lebenssituation behinderter Menschen. Der Gemeinsame Ausschuss kann zur Vorbereitung seiner Beschlüsse Verbände der Menschen mit Behinderungen, den Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung sowie Leistungserbringer und ihre Verbände beteiligen.

(3) Der Gemeinsame Ausschuss soll den fachlichen Austausch der Träger der Sozialhilfe untereinander fördern, vergleichbare landesweite Angebote im Bereich der Eingliederungshilfe sicherstellen und eine institutionelle Plattform für die Zusammenarbeit der Träger der Sozialhilfe bieten. Er soll das Leistungsgeschehen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung und in Zusammenarbeit mit dem

Land fachlich begleiten und koordinieren.

(4) Der Gemeinsame Ausschuss entwickelt Kriterien zur Verteilung des Ausgleichs- und des Erstattungsbetrages gem. § 5 Abs. 2 AG-SGB XII und legt den unabweisbaren Finanzierungsbedarf gem. § 5 Abs. 4 Satz 4 AG-SGB XII fest. Er bestimmt den Kreis der zu beteiligenden sozial erfahrenen Dritten gem. § 7 Abs. 2 AG-SGB XII.

§ 2 Mitglieder des Gemeinsamen Ausschusses

Im Gemeinsamen Ausschuss arbeiten die Kreise, die kreisfreien Städte und das Land zusammen. Die Kreise und die kreisfreien Städte können auch durch ihre kommunalen Landesverbände als Mitglieder des Gemeinsamen Ausschusses vertreten werden. Bestellung und Abberufung der Mitglieder sind der gem. § 4 für die Geschäftsführung zuständigen Stelle anzuzeigen.

§ 3 Vorsitz

Die Kreise, die kreisfreien Städte und das Land benennen in jährlichem Wechsel aus dem Kreis der sie vertretenden Mitglieder des Gemeinsamen Ausschusses den/die Vorsitzenden/Vorsitzende und den/die stellvertretenden/stellvertretende Vorsitzenden/Vorsitzende. Der Vorsitz im Jahr 2006 liegt beim Land.

§ 4 Geschäftsführung

Der Gemeinsame Ausschuss bedient sich zur Vorbereitung seiner Sitzungen und zur Erledigung seiner Aufgaben des für Sozialhilfe zuständigen Ministeriums. Die Kosten der Geschäftsführung und der Hinzuziehung von Sachverständigen trägt das Land.

§ 5 Verfahren

(1) Der Gemeinsame Ausschuss tritt mindestens einmal pro Quartal sowie nach Bedarf zusammen, wenn der/die Vorsitzende oder Mitglieder des Ausschusses dies für erforderlich halten.

(2) Der/die Vorsitzende beruft die Sitzungen ein und leitet sie. Die Tagesordnung ergibt sich aus den von ihm/ihr oder den Ausschussmitgliedern benannten Punkten.

(3) Der Gemeinsame Ausschuss kann Arbeitsgruppen zu Einzelfragen einsetzen und Sachverständige hinzuziehen. Die Kreise, die kreisfreien Städte und das Land entscheiden jeweils für ihren Bereich, wer sie in den Arbeitsgruppen vertritt. Die Mitglieder der Arbeitsgruppen müssen nicht Mitglieder des Gemeinsamen Ausschusses sein.

(4) Die Sitzungen des Gemeinsamen Ausschusses sind nicht öffentlich. Die

Vertragsparteien behandeln die Inhalte der Sitzungen und die im Zusammenhang damit gefertigten Unterlagen vertraulich.

§ 6 Beschlussfassung

(1) Die Gruppe der Kreise, die Gruppe der kreisfreien Städte und das Land verfügen über jeweils eine Stimme. Der Gemeinsame Ausschuss ist beschlussfähig, wenn alle Stimmberechtigten nach Satz 1 vertreten sind.

(2) Der Gemeinsame Ausschuss trifft seine Entscheidungen mit Stimmenmehrheit. Abweichend von Satz 1 ist für die Verabschiedung von Richtlinien sowie für Entscheidungen nach § 1 Abs. 4 Satz 1 und nach § 5 Abs. 3 Satz 1 Einstimmigkeit erforderlich. Richtlinien und andere einstimmig getroffene Entscheidungen sind verbindlich für alle Vertragsparteien.

§ 7 In-Kraft-Treten, Gültigkeit des Vertrages

(1) Der Vertrag tritt am 01.08.2006 in Kraft. Er gilt bis zum 31.12.2010.

(2) Die Vertragsdauer verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn der Vertrag nicht schriftlich mit einer Frist von 9 Monaten zum Jahresende gekündigt wird.

(3) Eine außerordentliche fristlose Kündigung ist möglich, wenn die Vorschriften des AG-SGB XII, auf deren Grundlage dieser Vertrag geschlossen wird, inhaltlich so wesentlich verändert werden, dass ein weiteres Festhalten am Vertrag nicht zumutbar ist. Das gleiche gilt für wesentliche Änderungen des SGB XII.

(4) Von allen Parteien einstimmig beschlossene Änderungen des Vertrages sind jederzeit möglich.

Kiel, den xx.xx.xxxx

Unterschriften